

Antrag

der Abgeordneten Günther Friedrich Nolting, Helga Daub, Jörg van Essen, Birgit Homburger, Daniel Bahr (Münster), Rainer Brüderle, Otto Fricke, Horst Friedrich (Bayreuth), Rainer Funke, Dr. Karlheinz Gutmacher, Christoph Hartmann (Homburg), Dr. Werner Hoyer, Gudrun Kopp, Jürgen Koppelin, Ina Lenke, Markus Löning, Dirk Niebel, Hans-Joachim Otto (Frankfurt), Cornelia Pieper, Gisela Piltz, Dr. Andreas Pinkwart, Marita Sehn, Dr. Max Stadler, Dr. Rainer Stinner, Carl-Ludwig Thiele, Jürgen Türk, Dr. Wolfgang Gerhardt und der Fraktion der FDP

Einsatzdauer von Soldaten bei Friedensmissionen verkürzen – Rahmenbedingungen verbessern

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Seit 8 Jahren leisten Soldaten der Bundeswehr Friedensdienst. Zurzeit sind sie im Einsatz in Bosnien-Herzegowina, im Kosovo, in Mazedonien, in Georgien, in Kuwait, am Horn von Afrika, in Usbekistan und in Afghanistan. Sie erfüllen vorbildlich ihre Pflicht. Trotz zum Teil äußerst erschwerter Bedingungen und außergewöhnlich hoher physischer und psychischer Belastung erbringen sie beispielhafte Leistungen und tragen dadurch erheblich zum positiven Ansehen der Bundesrepublik Deutschland bei.

Bei allen Friedenseinsätzen, wie komplex und lang andauernd sie auch sein mögen, muss das Wohl der Soldaten absoluten Vorrang vor organisatorischen Fragen haben. Der Mensch hat im Mittelpunkt zu stehen, gerade bei Einsatzaufträgen. Die Gesundheit und das Wohl der Soldaten und ihrer Familien sind ein hohes Gut, das nicht wegen möglicher organisatorischer oder struktureller Probleme aufgegeben oder eingeschränkt werden darf.

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. die Einsatzdauer der Bundeswehrsoldaten bei humanitären und Friedensmissionen grundsätzlich auf 4 Monate zu begrenzen,
2. die Einsatzdauer sehr flexibel zu gestalten, um auf persönliche Belange der Soldatinnen und Soldaten so viel Rücksicht wie möglich nehmen zu können,
3. Bundeswehrsoldaten grundsätzlich nur einmal innerhalb von 2 Jahren zu Auslandseinsätzen heranzuziehen.

Berlin, den 11. März 2003

Dr. Wolfgang Gerhardt und Fraktion

